

2026 WIRD EIN ENTSCHEIDENDES JAHR

WIR GRÜNEN SIND BEREIT

Seit bald 20 Jahren sind wir GRÜNE im Regierungsrat vertreten, übernehmen Verantwortung und setzen uns für nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen ein. Dies ist in einer bürgerlich dominierten Regierung jedoch schwer. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir die rot-grüne Mehrheit zurückgewinnen. Unsere Stärke liegt nicht nur in unseren Werten, sondern vor allem in den Menschen, die sie verkörpern: unsere Kandidat*innen und alle Menschen, die hinter den Kulissen grosse Arbeit leisten.

Nachdem unsere Regierungsrätin Christine Häsler bekannt gegeben hat, bei den Regierungsratswahlen 2026 nicht mehr anzutreten, haben wir mit dem Selektionsprozess für ihre Nachfolge begonnen. Noch nie in der Geschichte der GRÜNEN Kanton Bern hatten wir so viele qualifizierte Interessierte, die sich der internen Ausmarchung gestellt haben. Somit konnten wir unseren Delegierten an der Delegiertenversammlung vom 27. August 2025 mit Lena Frank, Beat Kohler und Aline Trede eine veritable Auswahl präsentieren. Schlussendlich nominierten die Delegierten Aline Trede, Nationalrätin und Chefin der Grünen Fraktion im Bundeshaus, als Regierungsratskandidatin. Aline ist ein Politik-Profi, kennt den Kanton Bern hervorragend und bringt viel Erfahrung darin mit, überparteiliche Bündnisse zu schmieden und ambitionierte Projekte umzusetzen. Beste Voraussetzungen also, um den Kanton Bern vorwärtszubringen.

An dieser Stelle danke ich allen herzlich, die sich als Kandidat*innen zur Verfügung gestellt haben und im Besonderen danke ich Lena und Beat, die den Weg bis zum Schluss gegangen sind.

Auftakt in die Wahlkampagne

Das rot-grüne Viererticket für die Regierungsratswahlen ist somit nominiert. Ich bin überzeugt, dass wir mit einer starken, von GRÜNEN und SP getragenen, Wahlkampagne unsere Ziele erreichen können. Auch für die Grossratswahlen wurden in verschiedenen Regionen bereits GRÜNE Kandidat*innen nominiert, einige Sektionen sind schon in den Vorbereitungen oder den konkreten Planungen für ihre Kampagnen.

Die anstehende Wahlkampagne wird entscheidend und wir haben allen Grund, mit Zuversicht und Entschlossenheit in diese Monate zu gehen. Noch nie war der Einsatz für Klima, soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft so wichtig wie heute. Ein Engagement für den Schutz unserer Lebensgrundlagen, für nachhaltige Inno-



vation, für faire Chancen und für einen Kanton Bern, der niemanden zurücklässt.

Die kommenden Monate sind unsere Gelegenheit, im ganzen Kanton gemeinsam sichtbar zu machen, wofür wir GRÜNE stehen. Wir werden unterwegs sein und mit den Menschen ins Gespräch kommen, zuhören, diskutieren und den Menschen konkrete Lösungen aufzeigen. Und nicht zuletzt wollen wir den Menschen Mut machen und sie begeistern, dass sich Engagement lohnt und ihre Stimme zählt.

Ich freue mich, liebe GRÜNE, mit euch und viel Energie, Herzblut und Freude in diese Wahlkampagne zu gehen.



Brigitte Hilty Haller,
Co-Präsidentin
GRÜNE Kanton Bern

HERVÉ GULLOTTI POUR

RENVERSER LA MAJORITÉ



Cyprien Louis,
coprésident Les VERT-E-S
Canton de Berne

Il faut y vivre pour s'en rendre compte véritablement, mais ce qui se passe dans la région du Grand Chasseral en vue des élections cantonales 2026 est historique. Pour la première fois l'ensemble des forces écologistes et sociales seront unies derrière une seule et unique candidature pour le siège réservé à notre arrondissement au sein de l'exécutif : celle de l'expérimenté et rassembleur Hervé Gullotti.

Grâce au processus mis en place, les sections régionales du Parti socialiste et des VERT-E-S ont pu se mettre d'accord sur le choix du candidat à lancer dans la bataille pour le siège réservé au Grand Chasseral. Il s'agit d'un élément clé pour renverser la majorité gouvernementale, cette année déjà, mais aussi lors des élections futures. Maire de Tramelan, Hervé a siégé sept ans au Grand Conseil, qu'il a eu l'honneur de présider en 2021/2022. Un engagement politique marqué par la volonté de défendre les intérêts des communes et notamment de leur donner des moyens concrets pour agir efficacement contre le réchauffement climatique. Avec des forces progressistes enfin soudées dans le Grand Chasseral, nous avons une opportunité réelle de renverser la majorité au sein du Gouvernement et ainsi mettre un terme à l'affaiblissement de la politique qu'il mène depuis 9 ans en matière de santé et de justice sociale.

De nouvelles perspectives pour les VERT-E-S

Le processus mis en place dans le Grand Chasseral est doublement important. Tout d'abord, il garanti le fait que la candidature ayant le plus de chances de remporter le siège soit choisi. Une candidature unique et commune qui se doit d'être forte, mais également de pouvoir dépasser les fron-

tières partisanes pour récolter des suffrages auprès d'un électorat le plus large possible. Mais cette réunification des forces de la Gauche, possible suite à la fin de la Question jurassienne, laisse également entrevoir une candidature des VERT-E-S dans le futur. C'est d'ailleurs avec ces belles perspectives que je tiens à remercier toutes les personnes qui m'ont soutenu depuis l'annonce de mon intérêt pour ce poste. En attendant : toutes et tous derrière notre formidable ticket rose-vert !



De g. à dr. : Maurane Riesen, Cyprien Louis, Hervé Gullotti, François Roquier.

TOTALREVISION SOZIALHILFEGESETZ

GEFÄHRLICHE ANREIZE ERHÖHEN DRUCK AUF ARMUTSBETROFFENE



Seraina Patzen,
Grossrätin, Bern

Regierungsrat Schnegg baut den gesamten Sozialbereich im Kanton Bern nach der gleichen gefährlichen Logik um: Unter den Schlagworten Effizienz und Wettbewerb wird bei Personal, Leistungen und Infrastruktur gekürzt. Auch bei der anstehenden Totalrevision des Sozialhilfegesetzes drohen zahlreiche Änderungen, die die Situation von Armutsbetroffenen verschärfen werden.

Zuerst wurde der Asylbereich nach dem System Schnegg umgepflügt: Wo Organisationen bisher mit einem Leistungsvertrag beauftragt wurden, Geflüchtete unterzubringen und zu begleiten, wurde neu eine wettbewerbsrechtliche Ausschreibung durchgeführt und eine leistungsorientierte Abgeltung eingeführt. Im Zentrum stand damit nicht mehr eine qualitativ hochstehende Betreuung, sondern ab jetzt galt es, Kosten und Risiken zu minimieren. Diese Logik geht im Sozialbereich immer auf Kosten der betroffenen Menschen. Und diese Logik wird nun nach und nach auf sämtliche Bereiche im Sozial- und Gesundheitssystem im Kanton Bern ausgedehnt: Ob Arbeitsintegration, Spitex oder Kitas – überall wird auf Wettbewerb und Anreize gesetzt.

Einsatz gegen Fehlentwicklungen in der Sozialhilfe

Auch in der aktuellen Totalrevision des Sozialhilfegesetzes schlägt sich diese Logik durchgehend nieder: Durch einen Selbstbehalt sollen die Sozialdienste dazu gebracht werden,

«effizienter» zu arbeiten, obwohl niemand erklären kann, wo sie überhaupt Einfluss auf die entstehenden Kosten haben. In der Konsequenz wird dies dazu führen, dass «effiziente» Sozialdienste die Leistungen kürzen – mit fatalen Konsequenzen für die Betroffenen und langfristig höheren Kosten für das Gemeinwesen. Zudem schafft sich der Kanton zahlreiche weitere Möglichkeiten, die Sozialdienste zu überwachen und auf Kosteneffizienz zu trimmen. Mit der Einführung einer Bestimmung zu Vermögensverzicht sollen auch gegenüber den Betroffenen «Fehlzanreize» beseitigt werden und Menschen in bestimmten Situationen die Sozialhilfe bis auf den Nothilfebeitrag gekürzt werden können. Dies sind nur einige Beispiele von vorgesehenen Änderungen in der Totalrevision. Der Grosse Rat hat das Gesetz in der Herbstsession ein erstes Mal beraten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Gesetz deutlich sozialer wird und Armutsbetroffene wirksam unterstützt, statt unter Druck setzt.

HERAUSFORDERUNGEN, CHANCEN UND FREUDEN

MEIN JAHR ALS GROSSRATSPRÄSIDENTIN

Ein Jahr an der Spitze des Grossen Rates ist eine einzigartige Erfahrung – voller Herausforderungen, persönlicher Entwicklung und politischer Verantwortung. Doch es war nicht nur fordernd, sondern auch ein aussergewöhnlich schönes Jahr, das mich inspiriert hat, meinen Horizont erweitert hat und mir Schwung für meine Kandidatur als Gemeinderätin in Köniz gibt.

Von Anfang an war mir bewusst, dass mein Präsidialjahr besonders werden würde. Wir GRÜNEN hatten dieses Amt seit 16 Jahren nicht mehr inne. Trotz mehrerer Anläufe mit guten Kandidaten waren wir in dieser Zeit stets gescheitert. Dies gab mir nach meiner Wahl das Gefühl, dass das Augenmerk besonders auf uns lag: Können die GRÜNEN diese Verantwortung übernehmen? Für mich war es daher wichtig zu zeigen, dass wir GRÜNE diese politische Führungsaufgabe mit Kompetenz und Engagement wahrnehmen können. Daraus erstärkt nicht nur unsere Position im politischen Gefüge, sondern beweist auch, dass wir, was wir zwar alle wissen, aber von aussen gern übersehen wird, aktiv und konstruktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken.

Besonders war meine Wahl zur Präsidentin auch, weil mein Werdegang nicht der Norm entsprach. Ich übernahm das Amt nicht als Krönung einer langen Polit-Karriere, sondern bereits drei Jahre nach meinem Eintritt in den Grossen Rat. Die Frage «Warum gerade ich?» begleitete mich deshalb oft. Im Leben wie in der Politik ergeben sich manchmal einmalige Chancen, die man ergreifen muss, wenn sie sich bieten. Auch war ich mit grosser Wahrscheinlichkeit die erste schwangere Vizepräsidentin und eine der wenigen Grossratspräsident*innen mit einem Kleinkind. Die Vereinbarkeit von politischem Engagement, Beruf und Familie war für mich, anders als bei den meisten meiner Vorgänger*innen, ein ständiges Thema.

Vereinbarkeit und Vorbildfunktion

Gerade diese Dreifachbelastung hat mir eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig Vorbilder sind. Vorbilder, die einem zeigen, dass es möglich ist, aber auch ehrlich genug sind, zuzugeben, dass es nach wie vor eine grosse Herausforderung bleibt. Speziell in Zeiten hoher beruflichen Anforderungen, einem kranken Kind zu Hause und grösseren politischen Herausforderungen habe ich solche Vorbilder immer wieder gesucht. Solche Erfahrungen zeigen, wie viel Durchhaltevermögen, Organisation und vor allem Unterstützung nötig sind. Sie machen aber auch deutlich, dass wir GRÜNEN uns weiterhin für bessere Rahmenbedingungen einsetzen müssen, damit Familie, Beruf und politisches Amt vereinbar sind. Es muss unbedingt möglich sein, dass Personen in unterschiedlichen Lebenslagen in der Politik sichtbar bleiben, zum Wohl einer vielfältigen, zukunftsfähigen und repräsentativen Demokratie.

Freude, Begegnungen und Vorurteile abbauen

Trotz aller Herausforderungen war dieses Jahr vor allem eines: schön! Ich durfte den Kanton Bern und viele inspirierende Menschen kennenlernen, an unzähligen Veranstaltungen teilnehmen und erleben, wie viel Offenheit, Wertschätzung und Unterstützung mir entgegengebracht wurde. Besonders bei Volksfesten ist es Tradition, dass die Grossratspräsidentin eingeladen wird – eine Ehre, die mich



natürlich sehr gefreut hat. Gleichzeitig muss ich ehrlich zugeben, dass ich zu Beginn mit einer gewissen Zurückhaltung an diese Anlässe herangegangen bin. Immer wieder stellte ich mir die Frage: Wie werde ich als Vertreterin der GRÜNEN in diesen, oft eher konservativen, Kreisen aufgenommen? Die anfängliche Unsicherheit wich jedoch rasch einer positiven Erfahrung. Der direkte Austausch hat gegenseitige Vorurteile abgebaut und mir gezeigt, dass wir viel mit unserer persönlichen Präsenz gewinnen können.

Neue Aufgaben und neue Chancen

Dieses Jahr hat mir nicht nur neue Perspektiven eröffnet, sondern auch meine Begeisterung für die Politik weiter gestärkt. Ich habe erlebt, wie erfüllend es ist, Verantwortung zu übernehmen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und aktiv an einer lebendigen Demokratie mitzuwirken. Mit grosser Dankbarkeit blicke ich auf diese Zeit zurück und bedanke mich herzlich bei den GRÜNEN Kanton Bern, der Grünen Fraktion und allen, die mich mit unterstützenden Worten und ihrem Vertrauen begleitet haben. Gleichzeitig freue ich mich nun darauf, eine neue Chance zu ergreifen: Am 28. September 2025 stelle ich mich zur Wahl als Gemeinderätin in der Gemeinde Köniz. Auch diese Chance packe ich mit voller Energie und Überzeugung an. Ich möchte mein Wissen und meine Erfahrung einsetzen, um einen kompetenten Beitrag für alle Menschen in Köniz zu leisten.

Dominique Bühler, Grossratspräsidentin 2024-2025

ERFAHRUNGSBERICHT AUS DEM GASTERNTAL

ZIVILDIENT IM KREUZFEUER
POPULISTISCHER ANGRIFFE

Milo Schefer,
Co-Präsident
Junge Grüne
Kanton Bern

Mit mehreren Vorstössen wird der Zivildienst angegriffen, damit er unattraktiver wird. Das Ziel: die Sicherung des Militärbestandes. Dass damit an anderen Orten eine Vielzahl an Personen fehlen wird, wird ausser Acht gelassen. Die Erfahrung aus meinen Zivildiensteinsätzen zeigt, wie wichtig die Arbeit für Umwelt und Gesellschaft ist.

Semesterferien im Sommer – das bedeutet für mich auch den jährlichen Einsatz im Zivildienst. Einen Monat lang tausche ich den Bürostuhl gegen Motorsäge, Bergschuhe und Heurechen auf der Alp im Gasterntal. An Arbeit mangelt es nicht: Die Kander fliesst einmal mehr neben dem Flussbett, Lawinen haben Steine auf die ohnehin raren Bergwiesen geschleudert und gleich an meinem ersten Einsatztag zerstörte ein Unwetter den Wanderweg, der auch für das Rindvieh wichtig ist.



Schafe im Gasterntal, der Zivildiensteinsatz fördert die nachhaltige Alpwirtschaft

Gegen Zivis auf Stimmenfang

Nicht zum ersten Mal diskutieren die Parlamente eine Erschwerung des Zugangs zum Zivildienst. Abgänge aus dem Militärdienst sollen verhindert, ja sogar eine Gewissensprüfung wieder eingeführt werden – ganz nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit. Wie absurd Letzteres ist, zeigt schon ein Blick auf die Fragen der bis 2009 geltenden Gewissensprüfung. Dass höhere Hürden beim Zivildienst zu mehr Militärdienstleistenden führen sollen, ist fraglich – zumal die Armee seit Jahren einen Überbestand an Soldat*innen vorweist.

Bauernverband schweigt

Auffällig still bleibt es beim Bauernverband und dessen Parlamentsvertreter*innen, wenn es um den Zivildienst geht. Dabei sind Zivildienstleistende in der von Handarbeit geprägten Alpwirtschaft unverzichtbar. Einsätze wie meiner tragen dazu bei, diese nachhaltige Form der Landwirtschaft zu erhalten. Auch im Gasterntal verwalten zahlreiche Trockenwiesen, und durch auftauenden Permafrost nehmen Naturereignisse zu – eine zusätzliche Bedrohung für die traditionelle, naturnahe Bewirtschaftung. Verluste gibt es dabei nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Biodiversität. Doch wer, wenn nicht die Zivis, könnte hier unterstützen? Dennoch geht den Vertreter*innen des Bauernverbandes ein Militärsatzdienst gegen ihre Ideologie.

Unverzichtbar sind Zivildienstleistende vielerorts. Werden auf das Schiessen ausgebildete Soldat*innen in Altersheimen, Schulen, Spitälern oder Asylunterkünften arbeiten? Wohl kaum. Und wer die Aufgaben der Zivis in Zeiten des Fachkräftemangels übernehmen soll, darauf wusste in den Parlamentsdebatten niemand eine Antwort.

JUNGE GRÜNE

AUFRUF FÜR DIE GROSSRATSWAHLEN



Gioia Benninger,
Co-Präsidentin
Junge Grüne
Kanton Bern

Wir von den Jungen Grünen wollen bei den Grossratswahlen 2026 wieder mit eigenen Listen antreten. Wenn du also selbst Lust hast zu kandidieren – oder jemanden kennst, der*die zwischen 18 und 35 Jahre alt ist, dann melde dich gerne bei: info@jungegruenenbern.ch

Vielleicht denkst du dir: «So eine Kandidatur ist etwas Grosses – dafür muss man jahrelang aktiv sein und viel Erfahrung mitbringen». Falsch gedacht! Das Einzige, was zählt, ist deine Motivation – und dass du bereit bist, ein Foto von

dir machen zu lassen, auf dem Wahlflyer zu erscheinen und deine Angaben vor dem Druck zu überprüfen.

Natürlich ist es super, wenn du auch aktiv Wahlkampf machen willst – aber das ist kein Muss. Schon wenn du in deinem Umfeld über deine Kandidatur sprichst, leistest du einen wichtigen Beitrag. Wie alles funktioniert, erklären wir dir gerne persönlich.

Bist du dabei? Frag auch Freund*innen, die noch nicht Mitglied sind, aber unsere Werte teilen!

NEUGRÜNDUNG IN DER REGION LANGNAU

DIE GRÜNEN WOLLEN WIEDER MITGESTALTEN

In der Lokalpolitik kann man am direktesten mitwirken und mitgestalten, sagten sich die sechs Personen, die bei der Neugründung der GRÜNEN Region Langnau im April 2025 dabei waren.

Bis 2019 existierte die Ortspartei GRÜNE Langnau, die mangels Mitglieder aufgelöst werden musste. Das übriggebliebene Geld übernahmen die GRÜNEN Emmental und verwalteten es fortan, in der Hoffnung, dass sich die Ortspartei wieder formieren würde. Diese Hoffnung wurde erfüllt, als Anna Badertscher ins Emmental zog und sich wieder in der Regionalpolitik engagierte.

Dann kam Björn Ernst ins Spiel. Er wohnt in Langnau und ist motiviert, sich in der Gemeindepolitik zu engagieren. Im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen in Langnau im Herbst 2025 kam die Idee auf, die Grüne Ortspartei wiederzubeleben und an den Wahlen teilzunehmen. An der Gründungsversammlung vom 30. April 2025 wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es Menschen gibt, die nicht auf dem Gemeindegebiet von Langnau leben, sich aber der Ortspartei anschliessen möchten. Schnell wurde klar, dass mit dem Namen GRÜNE Region Langnau diesem Anliegen Rechnung getragen werden kann.

Viel geschafft in einem halben Jahr

Bei der Neugründung konnte sich die Ortspartei auf die Unterstützung der GRÜNEN Emmental verlassen. Allen voran hat sich Daniel Bachofner an mehreren Sitzungen als treibende Kraft für den Neuanfang gezeigt. Bei administrativen und inhaltlichen Fragen konnte sich der Vorstand

auch jederzeit auf die Unterstützung der GRÜNEN Kanton Bern verlassen. Herzlichen Dank hierfür!

Anfangs Juli 2025 zählen die GRÜNEN Region Langnau sieben Mitglieder. Eine Wahl in den 40-köpfigen Grossen Gemeinderat Langnaus wird als realistisch erachtet. Die Suche nach Menschen, die sich für die Wahl aufstellen lassen wollen, ist aber schwierig. So konnte bisher einzig Björn Ernst für die Liste bestätigt werden. Die weitere Suche blieb bis Mitte August leider erfolglos.

Am vergangenen 15. Juli fand ein Workshop statt, an dem mit der Unterstützung von Regula Rytz die Wahlstrategie besprochen wurde. Alle Teilnehmenden waren von diesem Treffen begeistert und gingen mit viel Elan und neuen Ideen nach Hause. Genau was wir für die bevorstehenden Wahlen brauchen!



Anna Badertscher,
Vorstand GRÜNE
Region Langnau



Björn Ernst,
Präsident GRÜNE
Region Langnau



V.l.n.r.: Karin Tillmann,
Björn Ernst,
Kathrin Wittwer,
Anna Badertscher,
Beat Wiedmer

GESUNDHEITSVERSORGUNG UNTER DRUCK

EINSATZ GEGEN DIE SCHLIESSUNG
DER GEBURTENHILFE IM OBERAARGAU

Am 30. Juni 2025 gaben die Spitalgruppe Spital Region Oberaargau (SRO) und die Spital Emmental AG die Neuausrichtung der Geburtshilfe in der Versorgungsregion Emmental-Oberaargau bekannt. Die damit verbundene Schliessung der Geburtsabteilung am Standort Langenthal per Ende September 2025 ist für die GRÜNEN nicht akzeptabel. Die Restrukturierung ist die Folge einer überstürzten, rein renditeorientierten Forcierung des Vier-Regionen-Modells, das der Kanton in der Gesundheitsversorgung anstrebt.

Die GRÜNEN Langenthal und die GRÜNEN Oberaargau sind bestürzt über die Schliessung der Geburtsabteilung in Langenthal und die sehr kurzfristige Ankündigung. Die Schliessung wurde vorgängig weder mit der Stadt Langenthal noch mit der Region Oberaargau abgesprochen. Die Geburtsabteilung ist ein zentraler Bestandteil der regionalen Gesundheitsversorgung. Qualifizierte Arbeitsplätze und die Attraktivität des Standortes Langenthal sind stark gefährdet.

Aktuell läuft eine Petition gegen den Entscheid der SRO AG, welche die GRÜNEN Oberaargau stark unterstützen. Bereits haben über 12 000 Personen unterschrieben. Nicht nur der Entscheid ist indiskutabel, auch die zeitliche Umsetzung ist derart kurzfristig, dass sie kaum Spielraum für eine Diskussion von alternativen (Finanzierungs-)Lösungen zulässt.

Mit dieser möglichen Schliessung der Geburtsabteilung in Langenthal würde der Oberaargau noch stärker zu

einer Randregion im Kanton. Die Achse Biel-Bern-Thun dagegen wird dauernd gestärkt. Im Grossen Rat haben die Oberaargauer Grossrät*innen die Motion «Gesamtstrategie zur Spitallandschaft im Kanton Bern: Möglichst rasch Ist und Soll aufzeigen» eingereicht, um in Sachen Gesundheitsversorgung Klarheit zu schaffen.

PARK(ing) Day und Wahlen

Neben dem Einsatz für die Geburtsabteilung Langenthal sind wir aktuell auf den Oberaargauer Strassen beim Unterschriftensammeln für die Solar-Initiative anzutreffen. Am 20. September werden wir wiederum den PARK(ing) Day in Langenthal «feiern» und Ende September finden in Herzogenbuchsee Gemeindewahlen statt, bei denen das erste Mal ein grüner Vertreter kandidiert. Ein turbulenter grüner Spätsommer im Oberaargau ist garantiert.



Michael Allemann,
Vorstand
GRÜNE Oberaargau

PFAS

VIER BUCHSTABEN FÜR EINE UMWELTKATASTROPHE



Manuel C. Widmer,
Grossrat, Bern

OMG! Ist es Dir auch schon aufgefallen: Es sind immer wieder Abkürzungen, die uns bedrohen. FCKW in den 1980ern, dann kamen CO₂ und O₃. Jetzt sind es die PFAS.

PFAS? Das steht für per- und polyfluorierte Alkylverbindungen. Hochstabile chemische Stoffe, die als «Ewigkeitschemikalien» bekannt sind. In die Umwelt gelangt, reichern sie sich in Böden, Wasser, Tieren und schliesslich in uns Menschen an. Sie schädigen Schilddrüse, Leber und Immunsystem – und sie verschwinden nicht mehr. Eine besonders heimtückische Unterform ist die Trifluoressigsäure (TFA), die über Pflanzenschutzmittel und Industriechemikalien in die Luft gelangt, flächendeckend im Grundwasser nachweisbar ist – auch im Kanton Bern – und nicht aus dem Trinkwasser entfernt werden kann.

Das Fatale daran: Schon jetzt erreichen TFA-Werte Konzentrationen, die übliche Grenzwerte für gefährliche

Stoffe übersteigen. Eine landesweite PFAS-Sanierung könnte laut Studien bis zu 26 Milliarden Franken verschlingen – jährlich bis zu 1,3 Milliarden. Für den Kanton Bern drohen langfristig hohe Investitionen, Wertverluste bei Boden und Wasser, Einbussen in Landwirtschaft, Tourismus und Gesundheit – mit unklarer Finanzierung.

Jetzt handeln!

Deshalb habe ich – zusammen mit Vertreter*innen aus fast allen Fraktionen – im Grossen Rat zwei Vorstösse eingereicht. Sie fordern vom Regierungsrat einen umfassenden Bericht



zur Verbreitung, zu Risiken und Kosten sowie eine gesetzliche Grundlage, mit dem Ziel den Einsatz von PFAS – insbesondere TFA – zu reduzieren oder zu verbieten. Damit handeln wir jetzt – bevor es zu spät ist. PFAS sind eine grüne Verantwortung. Wenn wir nicht asap handeln, wird uns die nächste Abk. über Jahre beschäftigen. MfG MCW

ERNEUERBARE STROMPRODUKTION

BERN SOLL SOLARPIONIERIN WERDEN



Katharina Gallizzi,
Stadträtin
Grünes Bündnis

Die Stadt Bern nutzt aktuell nur 6.5 % des Solarpotenzials auf ihren Dächern und schneidet somit im schweizweiten Vergleich schlecht ab. Das Grüne Bündnis setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Bern endlich eine Rolle als Solarpionierin wahrnimmt, und hat auch diesen Sommer neue Impulse für mehr Solarstrom gesetzt.

An einer gutbesuchten Podiumsdiskussion im Juni haben Aline Trede, Carole Klopffstein, Simon Reusser und

ich ausgelotet, wie der Solarausbau vorangetrieben werden könnte. Die in der Energie- und Klimastrategie 2035 verankerten Massnahmen sind begrüssenswert, reichen aber nicht aus, um das Netto-Null-Ziel bis 2045 zu erreichen.

Vorstoss-Paket Solarausbau eingereicht

Zur Beschleunigung der Energiewende müssen neue Ansätze aufgenommen werden. Deshalb hat die GB/JA!-Fraktion vor den Sommerferien drei Vorstösse eingereicht.

Die Podiumsteilnehmenden waren sich einig, Eigenverbrauchsgemeinschaften fördern den Solarausbau: Sie erhöhen den Eigenverbrauch und senken die Stromkosten. Der Gemeinde-

rat soll prüfen, wie in Bern virtuelle Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch umgesetzt werden können.

Senkrechte Solarpanels liefern im Winter besonders viel Strom. Solaranlagen auf Infrastrukturanlagen wie Stütz- oder Lärmschutzmauern könnten das auch. Wir beauftragen den Gemeinderat, das Potenzial von Infrastrukturanlagen für die Gewinnung von Solarenergie zu prüfen.

Viele Häuser in Bern gehören der Burgergemeinde. Der Gemeinderat soll mit der Burgergemeinde darum vertraglich aushandeln, bis 2040 alle geeigneten Dächer mit Solaranlagen auszustatten.

Wenn der Stadtrat die Vorstösse überweist, ist Bern einen Schritt weiter auf dem Weg zur Solarpionierin.



Die GB/JA!-Fraktion reicht 3 Solarvorstösse ein

KANTONALE MIET-INITIATIVE

GEGEN AUTOMATISCHE MIETZINSERHÖHUNGEN

Am 28. September 2025 kommt die kantonale Miet-Initiative zur Abstimmung. Sie fordert mehr Transparenz bei den Vormieten und wurde vom Grossen Rat knapp abgelehnt. Umso mehr ein Grund, sich für die Initiative einzusetzen und am 28. September ein Ja einzulegen.



Christoph Grupp,
Co-Fraktionspräsident,
Mitglied des Initiativ-
komitees

Die ungebremsste Kostensteigerung bei den Mieten ist ein Anlass zu grosser Sorge. Tatsächlich tragen viele Faktoren dazu bei. Oft gibt es aber automatische Mietzinserhöhungen bei einem Wechsel der Mieterschaft. In diesem Fall wäre der Aufschlag schon heute einklagbar, sofern er missbräuchlich erfolgt. Allerdings muss dafür die Höhe des Mietzinses der Vermieter*innen bekannt sein – und genau da setzt die Miet-Initiative an.

In Zeiten von Wohnungsknappheit – also bei einem Leerstand unter 1,5 %, was aktuell im Kanton Bern der Fall ist – soll eine Formular-Meldepflicht errichtet werden. Damit müssten Vermietende obligatorischerweise den Vormietzins bekannt geben. Das wäre eine grosse Chance, um zumindest den Automatismus zur Mietzinserhöhung bei spekulativen Wohnobjekten zu brechen.

Ein einfaches Instrument mit grosser Wirkung

Die Mietzinse, insbesondere in unseren Städten, werden je länger je mehr für viele Menschen unerschwinglich. Sie



müssen wegziehen oder grosse Einbussen in Kauf nehmen. Und noch immer gibt es viele Luxussanierungen, welche die Mietkosten überproportional in die Höhe treiben. Die GRÜNEN haben sich per Motion und dann auch bei der Beratung der Formularpflicht gemäss Initiative eindeutig für die Annahme ausgesprochen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Eine starke und breite Allianz mit der SP, der EVP und dem Mieterinnen- und Mieterverband sowie Casafair steht für die Kampagne bereit. Als Präsident von Casafair Mittelland ist mir vor allem Transparenz bei der Vermietung wichtig. Die Angabe des bisherigen Mietzinses und eine solide Begründung

von berechtigten Aufschlägen ist für Vermietende kein grosser Aufwand, stärkt aber das gegenseitige Vertrauen.

Um das Recht auf Wohnen für alle durchzusetzen, laden die GRÜNEN alle dazu ein, am 28. September ein Ja einzulegen und sich persönlich in der Kampagne zu engagieren. Wir können die Abstimmung gewinnen! Standaktionen, Testimonials oder Flyerverteilkaktionen sind vorbereitet, unser Sekretariat gibt gerne Auskunft.

AGENDA

13.09.2025: Klimastreik Bern, 16.00 Uhr, Waisenhausplatz, Bern.

13.09.2025: Nationaler Sammeltag Solar-Initiative. Planst du eine Sammelaktion? Melde dich bei sekretariat@gruenebern.ch.

19.09.2025: Internationaler PARK(ing) Day mit dem GB Bern – Konzert statt Strassenlärm, 18.00-21.30 Uhr, Stauffacherstrasse 8-10, Bern.

20.09.2025: Internationaler PARK(ing) Day mit der GFL Bern – grün statt grau, 12.30-16.30 Uhr, Scheibenstrasse 18, Bern.

20.09.2025: Internationaler PARK(ing) Day: Raclette, Spiel und Zusammensein mit den GRÜNEN Langenthal, ab 11.00 Uhr, Dästerparkplatz, Langenthal.

27.09.2025: Nationaler Sammeltag Solar-Initiative. Planst du eine Sammelaktion? Melde dich bei sekretariat@gruenebern.ch.

28.09.2025: Abstimmungssonntag mit kantonalen und eidgenössischen Vorlagen. Zudem Gemeindewahlen in Herzogenbuchsee, Köniz, Lyss und Nidau.

11.10.2025: Süssmost frisch ab GFL-Presse, GFL Zollikofen. 09.00-14.00 Uhr, Ziegeleimärit (vor Coop), Zollikofen.

18.10.2025: Nationaler Sammeltag Solar-Initiative. Planst du eine Sammelaktion? Melde dich bei sekretariat@gruenebern.ch.

26.10.2025: Gemeindewahlen: Langnau und Thurnen.

29.10.2025: Delegiertenversammlung GRÜNE Kanton Bern, 19.00-21.00 Uhr, Campus Muristalden, Muristrasse 8, Bern. Auf dem Programm steht unter anderem die Vorstellung der Kandidat*innen für die Grossratswahlen 2026.

08.11.2025: Sommet du changement der GRÜNEN Schweiz, Hotel Arte, Olten.

E-ID-GESETZ

DIGITALER SERVICE PUBLIC



Aline Trede,
Nationalrätin

Vier Jahre nach der zu Recht abgelehnten, privatisierten e-ID kann die Schweizer Stimmbevölkerung nun mit einem Ja am 28. September eine staatliche, sichere und kostenlose elektronische Identität erhalten. Diese neue e-ID ist ein digitalpolitischer Meilenstein – und sie trägt unsere klare grüne Handschrift.

Gegen die erste e-ID-Vorlage engagierten wir GRÜNE uns 2021 entschieden. Nach dem wuchtigen Nein an der Urne lancierten wir umgehend eine neue überparteiliche Motion. Sie legte den Grundstein für eine öffentliche, gemeinwohl-orientierte Lösung.



Obwohl Wissenschaft, Bundesrat, Parlament und Wirtschaftsverbände hinter der neuen e-ID stehen, wurde das Referendum ergriffen.

Datenschutz ist zentral

Das vorliegende neue Gesetz ist ein Vorbild in Sachen Datenschutz und Datenminimierung: Bei einem Altersnachweis würde etwa nur abgefragt, ob die Alterslimite überschritten ist – Geburtsdatum, Name oder andere persönliche Daten bleiben privat. Das stärkt die Privatsphäre, schützt insbesondere Jugendliche im Netz und ist ein echter Fortschritt gegenüber der heute allgegenwärtigen Datensammlung.

Weitere Pluspunkte: Die Infrastruktur bleibt in öffentlicher Hand und ihr Nutzen ist breit: Verträge unterzeichnen, Bankkonten eröffnen, Auszüge bestellen – einfach, sicher, digital. Auch Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden könnten künftig elektronisch gesammelt werden. Nach dem Unterschriftenbetrug von 2024 ist das ein zentraler Beitrag zur Stärkung unserer direkten Demokratie. In Zeiten von Deepfakes und KI-Fälschungen ist gerade digitales Vertrauen wichtig.

Mit einem Ja zur zur e-ID gewinnen wir ein Stück digitale Selbstbestimmung zurück.

LEBENSMITTELSCHUTZ-INITIATIVE

STRENGE REGELN FÜR GENTECHNIK
AUF DEN FELDERN UND DEN TELLERN

Kilian Baumann,
Nationalrat

Die Lebensmittelschutz-Initiative will strenge Regeln zur Gentechnik in der Verfassung verankern. Diese sollen auch für die neuen gentechnischen Verfahren gelten. Das Ziel: Die gentechnikfreie Produktion wird geschützt und die Wahlfreiheit der Konsument*innen bleibt erhalten.

Der Anbau von Pflanzen aus neuen gentechnischen Verfahren soll künftig erlaubt werden – das dafür vorgesehene Spezialgesetz ging im April in die Vernehmlassung. Doch dieses Gesetz erfüllt in vielerlei Hinsicht nicht die Verfassungsbestimmung zur Gentechnik, der zufolge der Mensch und seine Umwelt vor Missbräuchen der Gentechnologie



**Lebensmittel
schützen!**

geschützt werden müssen. So werden die neuen gentechnischen Verfahren irreführend als «neue Züchtungstechnologien» bezeichnet und die Bestimmungen zum Schutz der gentechnikfreien Produktion und zur Garantie der Wahlfreiheit für die Konsument*innen sind klar ungenügend.

Die Initiative bringt Klarheit

Die Lebensmittelschutz-Initiative soll hier Klarheit bringen, indem zentrale Bestimmungen aus dem Gentechnikgesetz auf Verfassungsstufe verankert werden und folglich auch für Pflanzen aus neuen gentechnischen Verfahren Anwendung finden. So verlangt die Initiative, dass gentechnisch veränderte Produkte klar deklariert, Risiken untersucht und Produzent*innen, die auf gentechnikfreie Landwirtschaft setzen, vor Kontaminationen und deren Folgen geschützt werden. Nur so werden wir als Konsument*innen in Zukunft noch die Wahlfreiheit zwischen Lebensmitteln mit und ohne Gentechnik haben.

PAROLEN

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmungen vom 28. September 2025 (siehe auf www.gruenebern.ch für mehr Informationen):

Kantonal

■ Für faire und bezahlbare Mieten dank transparenter Vormiete (Miet-Initiative) – JA

National

■ Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften – NEIN

■ Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz) – JA